

Ein schwieriges Verhältnis

Demokratie, Meinungsforschung und PR-Strategien.



Drⁱⁿ Nadja Meisterhans,
Politikwissenschaftlerin,
Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, JKU

Die Demokratie scheint heutzutage ohne Wahl- und Meinungsforschung nicht denkbar. Nur zu gerne lassen wir uns über Stimmungsbilder im Land informieren und auch PolitikerInnen greifen darauf nicht nur in Wahlkampfzeiten zurück. Ist die Meinungsforschung damit ein wichtiges Instrument für die demokratische Selbstverständigung und die politische Beobachtung?

Ihre Befürworter halten sie für ein wichtiges Messinstrument, das über politischen Neigungen im Land aufklärt und damit zur Gestaltung der Politik unverzichtbar ist. Andere sehen darin die Gefahr, dass die Meinungsforschung zur Stimmungsmache beiträgt, die sich einer konstruktiven Konfliktlösung und Politikgestaltung verwehrt.

Letzteren Einwand möchte ich aufgreifen und erläutern, warum diese Sorge nicht unbegründet ist. Mit Bezug auf den Philosophen Immanuel Kant kann argumentiert werden, dass die Demokratie ein Versprechen ist, alle von der Herrschaft Betroffenen an der Herrschaft zu beteiligen.

In diesem Sinne ist die Demokratie in allererster Linie ein Verfahren, um Macht- und Interessenkon-

flikte durch entsprechende Verfahren (Repräsentation und direkte Beteiligung) friedlich zu lösen. Zugleich garantiert die Demokratie, wenngleich sie oft über den Mehrheitswillen entscheidet, auch den Minderheiten einen rechtlichen Schutz. Dies ist gerade in pluralistisch verfassten Massengesellschaften ein wichtiges Mittel, um das Vertrauen in das demokratische Verfahren und die Gesellschaft zu bewirken.

Die Demokratie bedarf also einer Streit- und Vertrauenskultur. In der Demokratie geht es zuallererst um den Streit um Inhalte und Positionen und nicht so sehr um PR-Kampagnen und Strategien, die die Meinung beeinflussen sollen. Die Gefahr ist also, dass Parteien, die nur noch auf die Umfragewerte schielen, zu sehr auf die Außendarstellung achten und dabei das Argumentieren und Streiten vergessen. Hinzukommt, dass professionelle Politikberater sich dann nicht selten in den Dienst der Macht stellen, um Strategien zu entwerfen und Kampagnen zu steuern. In der Folge wird die Imageberatung dann wichtiger als die jeweilige Programmatik und die Auseinandersetzung darüber. Dies fördert zugleich einen Personenkult (das Aushängeschild der Partei), der wiederum die komplexe Analyse und Lösung von Macht- und Interessenkonflikten von vornherein verhindert. Die Demokratie verkommt so zum Populismus, indem das Image wichtiger ist als die auf Argumenten basierende politische Vision.